

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

10. – 12. März 2010

MdL Peter Ritter

TOP 9

Bundeswehr aus Afghanistan schnellstmöglich abziehen

Drs. 5/3275

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen:

1. Wir fallen mit unserem Antrag den Soldatinnen und Soldaten genauso wenig in den Rücken, wie es der Beschluss des SPD-Landesvorstandes getan hat.
Wir fallen mit unserem Antrag einer falschen Politik in die Arme, einer Politik, die von der Mehrheit der Menschen in diesem Land kritisch bis ablehnend betrachtet wird.
2. Dieser Antrag ist kein „fauler Geschäftsordnungstrick“ wie der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion meint. Sehr wohl geht es in diesem Antrag um Glaubwürdigkeit.

Um der Glaubwürdigkeit willen, möchte ich nicht die gegenseitigen Attacken der Koalitionäre bemühen, sondern den Blick ein paar Monate zurückwerfen.

Am 01.09.2009, dem Weltfriedenstag und mitten im Bundestagswahlkampf, hatte das Anklamer Friedenszentrum Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl eingeladen, um deren friedenspolitischen Standpunkte kennen zu lernen.

Neben der parteilosen Bewerberin Susanne Klatt saßen für die SPD Katharina Feike, für die Grünen Anne Klatt, für die FDP deren Landesvorsitzender Christian Ahrendt und für DIE LINKE meine Wenigkeit auf dem Podium.

Die in Vorpommern starke Volkspartei CDU konnte niemanden für dieses Forum begeistern.

In der Lokalpresse liest man über dieses Forum:

„Beim eigentlichen Schwerpunkt der Debatte, dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan, waren sich die fünf sogar weitgehend einig, dass von der Politik ein Rückzugsszenario für die Bundeswehr aus dem Land am Hindukusch erarbeitet werden müsse.“

Rückzug - nicht etwa Verlängerung des Mandats oder gar Aufstockung des Kontingents.

Anklam ist nicht der Bundestag, der Wahlkampf nicht die alltägliche Politik.

Aber was ist mit der Glaubwürdigkeit? Der Sozialdemokratin Feike und der Grünen Klatt – beide nicht in den Bundestag gewählt – glaube ich ihre Haltung.

Meine ist bekannt- und wie Herr Ahrendt abgestimmt hat wissen wir, auch dass die CDU den Soldatinnen und Soldaten nicht in den Rücken fallen will und deshalb vorsorglich gar nicht erst zu solchen Foren kommt.

Glaubwürdig wird Politik dadurch nicht.

Auch nicht dadurch, dass man als Regierungspartei Soldaten ins Ausland schickt und dann, wenn man auf der Oppositionsbank sitzt, dieses Mandat in Frage stellt.

Aber: Lernfähigkeit sollte jedem zugestanden werden.

Und deshalb findet der Beschluss des Landesvorstandes der SPD M/V meine vollste Unterstützung.

Und, lieber Kollege Nieszery, Sie haben Recht:

Die Deutschen sollten das Recht haben, darüber zu entscheiden, ob sie ihre Soldaten in den Krieg schicken oder nicht.

Und die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik lehnen diesen Einsatz mehrheitlich ab. Wenige Tage vor der Beschlussfassung im Bundestag legte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr eine Umfrage vor, in der sich 60% der Befragten gegen den Afghanistan-Einsatz aussprachen und 63% eine Aufstockung der Truppen ablehnten.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern sieht das, folgt man dem Beschluss des Landesvorstandes, offenbar ähnlich.

Und nun werden Sie nachher begründen, warum Sie diese Auffassung vertreten und dennoch unserem Antrag nicht zustimmen können.

Sie werden auf den Koalitionsvertrag verweisen.

Eine Ausrede, wie ich meine. Ich will Sie an folgendes erinnern:

In der vorangegangenen Wahlperiode legte die CDU, damals Oppositionsfraktion, einen Antrag vor, der die Stationierung der Eurofighter-Staffel in Laage begrüßte.

Für meine Fraktion damals - wie heute - unannehmbar.

Die SPD, damals unsere Koalitionspartner, sah den Antrag der CDU durchaus unterstützenswert.

Wir beide, lieber Kollege Nieszery, haben damals ausgehandelt, dass meine Fraktion den CDU-Antrag ablehnt, die SPD dem zustimmt.

Die Koalition ist deshalb nicht zerbrochen, beide Koalitionspartner haben aber ihre Glaubwürdigkeit bewahrt. Das soll heute nicht gehen?

Ein Armutszeugnis für diese Koalition.

Und ein bitterer Beigeschmack, der bei Wählerinnen und Wählern bleibt.

Denn: wie Glaubwürdig ist Politik?

„Wir sehen mit großer Sorge, dass die deutschen Soldaten in Afghanistan immer mehr in kriegerische Handlungen verwickelt werden.“- so der Beschluss des SPD-Landesvorstandes.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ist damit auf dem Weg zu Willy Brandt, der Krieg als ultima irritio ablehnte.

Krieg als ultima irritio ablehnen, heißt aber auch sich nicht hinter vermeintlichen Koalitionswängen zu verstecken.

Wie glaubwürdig ist Politik?

Und: welche Alternativen gibt es für Afghanistan?

Der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Wolfgang Gehrke, hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag, solche Alternativen aufgezeigt.

Er konnte diese Rede nicht halten.

Deshalb zitiere ich an dieser Stelle aus seinem Redemanuskript:

„Es gibt für Afghanistan einen Weg zum Frieden, das ist der Weg der Verhandlungen. Deswegen sollte der Deutsche Bundestag die Regierung Karsai auffordern, konsequent Verhandlungen zwischen den Kriegsgegnern anzustreben und zu verwirklichen...“

Die Hilfe für Afghanistan muss fortgesetzt werden,

die Gelder müssen vom Militär, von der Zerstörung zum zivilen Aufbau umgeleitet werden...

Der zivile Aufbau darf nicht als Mittel des Krieges erscheinen und so eingesetzt werden.

Wenn die Afghaninnen und Afghanen über ihr Schicksal selbst entscheiden können, wird es besser gelingen, zu tatsächlichen, tragfähigen Schritten in Richtung Demokratie, Frauenrechte und Sicherheit zu kommen...“

Das können Sie nun als pazifistische Spinnerei abtun oder als faulen Geschäftsordnungstrick.

Die Frage bleibt: Was also tun, um die sinnlose Zerstörung, den sinnlosen Krieg in Afghanistan zu beenden.

Was also tun? Diese Frage stellt sich auch Achim Wolgethan, ein deutscher Soldat in Afghanistan in seinem Buch „Endstation Kabul“:

„Was also tun? Die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten wirklich abziehen und das Land und seine Menschen sich selbst überlassen, wieder einmal?“

Genau das Gleiche passierte 1989, als die sowjetischen Truppen nach zehnjähriger Besatzung das Land verließen.

Gleichzeitig zogen auch die Militärberater der CIA aus den Stammesgebieten im pakistanisch-afghanischen Grenzland ab, sämtliche Unterstützungsgelder versiegten. Hatten die USA in der gesamten Zeit des Krieges über eine Milliarde Dollar vor allem für Waffen ausgegeben, geriet das Land am Hindukusch ab 1989 in Vergessenheit und blieb sich selbst überlassen.

Eine dringend notwendige Aufbauhilfe wurde nicht gewährt, und die von den Amerikanern zum Kampf gegen die Sowjets ausgebildeten und aus der muslimischen Welt rekrutierten „Gotteskrieger“ radikalisierten sich zunehmend.

Aus diesen Kräften... entstand Mitte der neunziger Jahre ein Großteil der radikalislamistischen Taliban, die in einem blutigen Bürgerkrieg die untereinander zerstrittenen Clanchefs überrannten und... ihr Terrorregime implementierten. Der Westen erkannte erst nach den Anschlägen vom 11. September 2001, was er sich dort selbst herangezüchtet hatte. Das alte Sprichwort „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ bewahrheitet sich nicht.“

Nicht alle Schlussfolgerungen des Augenzeugen Wohlgetan teile ich. Für mich wird aber aus diesen und anderen Schilderungen, auch aus Gesprächen mit Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz waren eines klar:

Auf Dauer lässt sich auf Bajonettspitzen kein Frieden errichten.

Deshalb ist jede Forderung nach sofortigem Abzug, jede Forderung nach deutlicher Steigerung für zivile Aufbauhilfe, jede Forderung nach verstärkter Ausbildung afghanischer Polizeikräfte, jede Forderung nach Beendigung des internationalen Waffenhandels, eine Forderung in die richtige Richtung.

Diesen Forderungen entspricht auch unser Antrag um dessen Zustimmung ich Sie bitte. Es geht eben nicht nur um unsere oder ihre Glaubwürdigkeit. Es geht um Schritte zur Beendigung eines sinnlosen Krieges.